

„Die Zahlen sind schon sehr ernüchternd“

Warum die Bremer Schulen kaum Interesse haben, die Bundeswehr in den Unterricht einzubinden

VON JOERG HELGE WAGNER

Bremen. Hauptmann Florian Kröger ist froh, dass auch Cuxhaven, Delmenhorst und Osterholz zu seinem Beritt zählen – wäre der Jugendoffizier beim Landeskommando Bremen allein für den Zwei-Städte-Staat zuständig, würde er wohl vor Langeweile umkommen. Genau zwei Mal wurde er hier in diesem Jahr angefordert, um über Sicherheitspolitik zu referieren – einmal davon beim Technischen Hilfswerk (THW) und Katastrophenschutz in Bremerhaven.

„Ich werde nur tätig auf Einladung“, sagt der 31-jährige Heeresaufklärer mit dem sorgfältig gestutzten Vollbart. Es gebe aber pauschale Anschreiben an alle weiterführenden Schulen und andere Institutionen. „Für Bremen sind die Zahlen schon sehr ernüchternd“, findet der Offizier, der vor einem Jahr aus Eutin hierherkam. Nach einer Statistik der Bundeswehr gab es 2018 in Bremen insgesamt 17 Veranstaltungen, während es in Hannover 45 waren, in Nürnberg 34 und in Dresden sogar 91. Im vorigen Jahr ein ähnliches Bild: Bremen hatte neun Veranstaltungen mit Jugendoffizieren, Hannover 24, Nürnberg 27 und Dresden 64.

In Lilienthal hingegen habe er im April auf einer einzigen Podiumsveranstaltung mehr als 100 Schüler erreicht, berichtet Kröger. Auch in Bremen meldeten sich gelegentlich interessierte Lehrkräfte, aber meistens höre man nach dem ersten Gespräch nie wieder etwas von ihnen.

Antrag der CDU-Fraktion

Schon Krögers Vorgängerin Meike Bauersfeld wurde Anfang 2023 nach Oldenburg versetzt, weil sie in zwei Jahren nicht eine einzige Anfrage aus einer Bremer Schule erhalten hatte. Bereits im März 2022 hatte die CDU-Fraktion in der Bürgerschaft beantragt, das Zusammenwirken von Schulen und Bundeswehr bei der politischen Bildung mit einem Kooperationsvertrag zu verstetigen. So etwas gibt es in vielen Ländern, seit 2021 auch in Krögers Heimat Schleswig-Holstein. In Bayern hat der Landtag jüngst sogar mit den Stimmen der oppositionellen SPD ein Gesetz verabschiedet, das Schulen und Universitäten im Freistaat zur Zusammenarbeit mit den Streitkräften geradezu verpflichtet.

In Bremen hingegen findet die SPD einen Kooperationsvertrag überflüssig, die Grünen bangen um ihre pazifistischen Wurzeln und die Linke ist sich sicher, „dass die Bundeswehr keine neutrale Instanz der Wissensvermittlung in militärischen Fragen ist“. An seiner Seite weiß das linke Regierungsbündnis dabei die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), die grundsätzlich jeden Besuch von Jugendoffizieren in Schulen ablehnt. Politische Bildung gehöre „in die Hand der dafür ausgebildeten pädagogischen Fachleute“. Zudem würden Jugendoffiziere bei politischen Konflikten „die Notwendigkeit militärischer Interventionen betonen“. GEW-Landessprecherin Ramona Seeger kritisiert, dass „Gewaltfreiheit oder zivile Lösungen vernachlässigt bis gar nicht thematisiert werden“.



Florian Kröger
FOTO: LKDO BREMEN



Die mögliche Wiedereinführung einer Dienstpflicht ist häufiges Thema in Unterrichtsstunden mit einem Jugendoffizier. FOTO: INGO MOELLERS

Fregattenkapitän Thomas Krey weist als Sprecher des Landeskommandos darauf hin, dass der vorige Koalitionsvertrag nur gemeinsame Besuche von Bundeswehr und Vertretern der Friedensbewegung oder entsprechender Organisationen im Unterricht zuließ. Die Besuche scheiterten dann oft an der kurzfristigen Absage dieser zivilen Vertreter, berichtet der Marineoffizier. Im neuen Koalitionsvertrag fehlt nun diese Regelung, aber verändert hat sich bislang nichts.

Dabei wäre laut Bildungsressort vieles möglich, denn „die Schulen entscheiden eigenverantwortlich und freiwillig, ob sie Angebote der Jugendoffiziere annehmen“. Frühestens geht das ab Jahrgang 9. Bei der Behandlung der sicherheitspolitischen Themen – sei es nun Ukrainekrieg oder Wehrpflicht – verweist Ressortsprecherin Patricia Brandt auf den bundesweit geltenden Beutelsbacher Konsens. Danach dürfen Schüler nicht indoktriniert und an der Gewinnung eines eigenen Urteils gehindert werden: „Themen müssen kontrovers dargestellt und diskutiert werden, wenn sie in Wissenschaft und Gesellschaft kontrovers erscheinen.“ Dies gilt nicht nur für die Jugendoffiziere, sondern

auch für die Lehrkräfte, die sie eingeladen haben.

Besuche von Bundeswehreinrichtungen oder mehrtägige Seminare „fallen generell unter die Regelungen zum ‚Lernen am anderen Ort‘, die Teilnahme ist ab vollendetem 14. Lebensjahr möglich“, erläutert Brandt. Die Eltern müssen zustimmen – fehle deren Einverständnis, müssten die entsprechenden Schüler am Unterricht von Parallelklassen teilnehmen. In Bremen hat es eine solche Seminaarfahrt allerdings zuletzt 2019 gegeben. „Ich bin oft überrascht vom Wissen und Interesse der Schüler“, sagt Jugendoffizier Kröger über sein Tagesgeschäft, also die Doppelstunde in einer Klasse. Fragen lässt der Zeitsoldat, der sich auf 14 Jahre verpflichtet hat, schon bei seiner Vorstellung zu. „Die meisten sind nicht superkritisch, heikle Themen spreche ich oft selber an“, berichtet er. „Es ist wichtig, die Bedeutung der Entscheidung von Soldatinnen und Soldaten in den Auslandseinsatz ins Bewusstsein zu rücken. Denn diese politische Entscheidung kann einhergehen mit Tod oder Verwundung.“

Jugendoffiziere trifft oft der Vorwurf, für den Dienst an der Waffe zu werben – dabei dürfen sie genau dies ausdrücklich nicht. Das ist den Karriereberatern der Bundeswehr vorbehalten, die wiederum nicht im Unterricht eingesetzt werden, wie die Bildungsbe-

hörde versichert. Gleichwohl findet man dort, selbst deren Einsatz sei „im Rahmen der Berufsorientierung sinnvoll“, etwa auf entsprechenden Messen.

Kommentar Seite 2

ANZEIGE

Henry Peukert und der Traum von einem Bremer Leuchtturm-Bad



Er hat keine leichte Aufgabe übernommen: Henry Peukert ist seit Anfang Juli Chef der Bremer Bäder. In der aktuellen Folge unseres Podcasts spricht er über die Frage, warum Freibad-Pommes anders schmecken, über das Thema Sicherheit und das Bäderkonzept, das er in den kommenden Monaten aufstellen will. Er kann sich, sagt der 63-jährige, auch vorstellen, für Bremen ein Leuchtturmprojekt zu entwickeln, am liebsten direkt an der Weser.

Den Podcast „Hinten links im Kaiser Friedrich“ mit Silke Hellwig und Michael Brandt gibt es immer sonntags auf www.weser-kurier.de und allen Podcast-Plattformen.

ÖSTLICHE VORSTADT

Unbekannte beschmieren Schule und Schwimmbad

Bremen. Unbekannte haben zwischen Mittwoch und Donnerstag ein Schulgebäude in der Östlichen Vorstadt und ein Schwimmbad in der Bremer Neustadt mit politisch motivierten Parolen beschmieret. Die Kriminalpolizei ermittelt und sucht Zeugen. Bis zu zehn Schriftzüge wie „Hammer & Sichel, Fuck AfD“ wurden laut Polizei auf Hauswände der Gesamtschule Mitte und des Hallenbads Süd angebracht. Die Schmierereien wurden am Donnerstagmorgen entdeckt, die Polizei alarmiert. Die Kriminalpolizei hat die Ermittlungen wegen Sachbeschädigung aufgenommen. Zeugenhinweise zu beiden Fällen nimmt der Kriminaldauerdienst unter der Telefonnummer 0421 / 3 62 38 88 jederzeit entgegen. WK

REDAKTION BREMEN

Telefon 0421 / 36713690

Telefon 0421 / 36713690

Mail: lokales@weser-kurier.de

Behörden verhängen Haushaltssperre

Ressorts für Bildung und Soziales reagieren auf erhöhte Ausgaben

VON JÜRGEN THEINER

Bremen. Die Ausgaben für Bildung und Soziales drohen offenbar aus dem Ruder zu laufen. Die zuständigen Senatorinnen Sascha Aulepp und Claudia Schilling (beide SPD) haben deshalb Haushaltssperren für ihre Zuständigkeitsbereiche verhängt. Im Bildungsbereich bedeutet das beispielsweise, dass Schulen und Kindertagesstätten ab sofort nur noch unabweisbar notwendige Ausgaben tätigen dürfen, also für die Aufrechterhaltung des Dienstbetriebs und die Erledigung von Pflichtaufgaben. Für neue, freiwillige Ausgaben müssen die Dienststellen des Ressorts die ausdrückliche Zustimmung der Hausspitze einholen. Das betrifft zum Beispiel die Einstellung zusätzlichen Personals. Auch die Sozialbehörde zieht die Notbremse. Steigende Sozialausgaben sind dort der Grund für die Haushaltssperre.

In ihrem Erlass, der dem WESER-KURIER vorliegt, deutet die Bildungsministerin die Hintergründe der Maßnahme an. Sie weist auf die finanziellen Folgen „deutlich über den Erwartungen liegender Kinderzahlen“ an Schulen und Kitas. Zugenommen hätten auch die Unterstützungsbedarfe, die viele Kinder aufweisen, also beispielsweise im Bereich der Sprachförderung. Obendrein müsse das Bildungsressort im Laufe des Jahres noch einen Sparbeitrag im Gesamthaushalt leisten. Das finanztechnische Stichwort lautet hier „globale Minderausgabe“. Unterm

Strich gibt es deshalb für Aulepp die Notwendigkeit eines „eingeschränkten Ausgabeverhaltens“.

Nach dem Bekanntwerden der Haushaltssperre versicherte die Bildungsministerin am Freitag, dass der Regelbetrieb in Kitas und Schulen von der Maßnahme unberührt bleibe. „Da brauchen die Eltern und Kinder und auch die Beschäftigten keine Sorge zu haben“, so Aulepp.



In der Kritik: Bildungsministerin Sascha Aulepp (SPD). FOTO: FRANK THOMAS KOCH

Von der CDU kam umgehend scharfe Kritik. Ihre bildungspolitische Sprecherin Yvonne Averwieser hält die Haushaltssperre für „ein Zeichen von Intransparenz, Ignoranz und schlechter Planung des Senats Boven-schulte“. Das Ressortbudget für Bildung sei „von Anfang an unterfinanziert“ gewesen. Aus Averwiesers Sicht trifft die Maßnahme die Bremer Bildungseinrichtungen „zu einem äußerst kritischen Zeitpunkt mitten in den Sommerferien“. Eltern und Lehrer wüssten nun nicht, welche Projekte fortgesetzt und welche gestrichen würden. Das schaffe Unsicherheit und Frust bei allen Beteiligten. An erster Stelle muss aus Averwiesers Sicht jetzt die Sicherstellung der Betreuung in den Kitas und des Unterrichts stehen, außerdem die Stärkung der Grundschulen und der ersten Klassen in den weiterführenden Schulen.

Für den FDP-Bildungspolitiker Fynn Voigt ist „das Versagen der SPD-geführten Bildungsbehörde offensichtlich“. Erst vor wenigen Wochen hätten die Liberalen Senatorin Aulepp vorgerechnet, an welchen Stellen der Bildungsetat unterfinanziert sei. „Jetzt zeigt die Haushaltssperre klar, dass die Finanzplanung völlig außer Kontrolle geraten ist“, urteilte Voigt. Er forderte „eine sofortige Überprüfung und Neuplanung der Ausgaben, um die Zukunft unserer Kinder nicht weiter zu gefährden“. Die Haushaltssperre mache „den rot-grün-roten Bildungskollaps perfekt“. Standpunkt Seite 2

**SPIELSPASS, MUSIK UND GENUSS
DORT, WO DAS HERZ DER STADT SCHLÄGT.
BREMEN-CITY.DE**

SOMMER IN BREMEN CITY

CITYSANDKÄSTEN
ANSGARI-SOMMERKONZERTE 27.07. + 10.08.
GENUSSZEIT SCHLACHTE 17. + 18.08.
OPEN SPACE DOMSHOF
MUSIKFEST BREMEN

GENIESSEN IN BREMEN CITY

BREMEN ERLEBEN!

BSAG, ZECH GROUP, MÜLLER & BREMERMANN, LLOYD PASSAGE BREMEN, DIALOG, BLB/Immobilien, WEMPE, AM WALL BREMEN, BALGEQUARTIER, WÄCHE 6, frenz, JUSTUS WOHLTMANN, amBRILL, RISTEDT, BoConcept

Mit freundlicher Unterstützung der WFB Wirtschaftsförderung Bremen GmbH